

# Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der wertfälligen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die stehengehaltenen Zeilen, oder deren Raum 70 Hg., Verlags-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 60 Hg., ausserhalbige Anzeigen 70 Hg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 254.

Donnerstag, den 30. Oktober 1919.

26. Jahrg.

## Ein verfahrener Haushalt.

Von Dr. Werner Weiser.

In jenen seligen Zeiten, als man den leeren Frühstücksbeutel am Abend vor die Türe hing und ihn am nächsten Morgen gefüllt wieder hereinnahm, in jenen seligen Zeiten, als man am Abend die Milchflasche vor die Türe stellte und sie am folgenden Morgen gefüllt neben der ungestohlenen Morgenzeitung stehen sah, in jenen Zeiten — es war im Jahre 1912 oder 1913 — sprach Scheidemann im Reichstage das große Wort, die Revolution werde kommen, wenn die Butter weiterhin durch den agrarischen Wucher 1,60 M. pro Pfund kosten sollte. Man braucht nicht einmal — wie diese Beispiele beweisen — bis auf die noch seligeren Zeiten des alten Rom zurückzugreifen, in denen man für etwa einen Pfennig pro Tag leben und für etwa bis 3 Pfennig ein üppiges Dasein im Gasthaus führen konnte; erst dann, wenn man das bedenkt, versteht man die Empörung der Bürger Roms, als ihnen Antonius von Cäsars Ermordung spricht und ihnen hierbei sein Testament vorliest, auf Grund dessen jedem Bedachten ein arbeitsloses Leben für mehrere Jahre garantiert war.

Aber wir leben nicht im alten Rom und auch nicht im Jahre 1912 oder 1913, sondern wir leben im Jahre des Heils 1919 und sehen, daß sich die Ereignisse gewaltig verschoben haben. Wie im Kleinen so im Großen: die Reichsverschuldung betrug im Jahre des Kriegsausbruchs 5 Milliarden Mark, und praktische wie theoretische Volkswirtschaftler waren in erster Sorge um die Zukunft des Deutschen Reiches. Es schien, als sei dieses nicht imstande, die Schuldenlast weiter zu tragen.

Am 31. Dezember 1918 betrug die Schuldenlast 93,7 Milliarden Mark, am 1. April 1920 werden die Schulden des Reiches — wenn alle Kredite in Anspruch genommen werden, die noch offen sind — insgesamt 204 Milliarden Mark betragen. Das deutsche Volkvermögen wurde vor dem Kriege auf etwa 300 Milliarden Mark veranschlagt. Es wäre fusionspolitisch schlimmster Art, wollte man heute für den Bestand des Volkvermögens, wie es sich im Augenblicke beläuft, irgendwelche positiven Zahlen angeben. Die Unmöglichkeit ist nicht nur eine Folge der mittlerweile abgegangenen Vermögen, sondern sie liegt in der allgemeinen Unsicherheit der Vermögensverhältnisse des Einzelnen wie des Staates begründet; man wird nur das eine mit Sicherheit aussprechen können, daß das deutsche Volkvermögen unendlich geringer ist, als vor fünf Jahren.

Wenn der Bericht des Reichsrats mitteilt, daß der Etat unter Einrechnung aller Ergänzungsetats 1919 in Einnahme und Ausgabe mit rund 58 Milliarden balanzieren, so ist das eine Mitteilung, die zwar eine allgemeine Behauptung auszulösen, aber keine bestimmten Vorstellungen vom dem eigentlichen Stande der Dinge zu vermitteln imstande ist.

Allgemeine Unsicherheit sowie Bodenlosigkeit — im wörtlichen Wortsinne — scheinen mir überhaupt die vornehmlichsten Merkmale der heutigen Wirtschaft zu sein. Es wäre nun nichts verkehrt, als die Schuld hieran der Revolutionsregierung zuschreiben zu wollen. Im Gegenteil läßt sich mit Vergnügen — ein Wort, das dem Etat gegenüber fast paradox klingt — feststellen, daß wir im Haushaltsplan — um ein altes Scherzwort zu variieren — so manche Ausgabe finden, die nicht darin steht. Das ist sehr begrüßenswert und die erste praktische Befolgung der so oft theoretisch geforderten Sparsamkeit. Daß trotzdem der Etat so ungeheuerlich ist, ist vielmehr auch eines der schönen Erbschaften, wie wir sie in unerwünscht hoher Zahl von der gestürzten Regierung und dem früheren Systeme übernommen haben. Im römischen Recht gab es die für den Erben angenehme Einrichtung der „hereditatis petitio“, d. h. der Erbe konnte eine Zeitlang sich überlegen, ob er das Erbe antreten sollte. Erstgenannte ihm die Nebenabnahme der Erbschaft unvorteilhaft, so schlug er sie nach Ablauf der Wartezeit aus, andernfalls erfolgte die „hereditatis aditio“, der Antritt der Erbschaft. In der Zwischenzeit sagte man: „hereditas iacet“, d. h. die Erbschaft ruht, und erst durch Antritt bezw. Ablehnung wurde der Schwebzustand beendet.

In dieser Lage befand sich unsere heutige Regierung in der Sterbestunde ihrer Vorgängerin am 9. November 1918 nicht. Sie mußte die Erbschaft antreten, ob sie wollte oder nicht, und ein — auch nur minutenlanges — Schwanken hätte den vollkommnen Zusammenbruch der morschen Säulen bedeutet, ohne auch nur nach die Möglichkeit eines Wiederaufbaues in Frage kommen zu lassen. Demzufolge mußte unsere Regierung den Haushaltsplan so übernehmen, wie er in jenen Stunden war: d. h. unökonomisch, perwirtschafet, volksfeindlich, mit einem Worte unrettbar durch und durch, wie das ganze kaiserliche System war.

Die mehrmütigen Betrachtungen darüber, daß das Ausrechnen von Todesurteilen über Hunderttausende Volksgenossen nicht nur eine wahnsinnige Menschenschlächterei, sondern auch ökonomischen Raubbau am Volkvermögen bedeutet — anzustellen, bleibt uns überlassen, die wir eigentlich mit jener Zeit kaum etwas zu tun, innerlich sicher nichts mit ihr gemeinsam haben. Aber zu diesen Betrachtungen ist heute nur wenig Zeit; wir müssen uns vielmehr fragen,

wie kommen wir aus dem Elend wieder heraus? Hierbei einzuwenden, man könne das ruhig den besessenen Personen, Volkswirtschaftlern, Regierungsmännern und ähnlichen „Bevorzugten“ überlassen, ist nicht ein Zeichen überragender wirtschaftspolitischer Einsicht. Heute steht die Sache des ganzen Volkes auf dem Spiele. Volksernährung ist es, um das gerungen wird, und das Volksernährung soll, so viel wie möglich, gerettet und erhalten werden.

Diese Feststellung ist natürlich nicht die Lösung der Frage, sondern birgt vielmehr die eigentliche Frage in ihrer ganzen Ungefälligkeit in sich. Wenn wir nun sagen, daß wir nur durch Arbeit aus dem Elend wieder herauskommen können, so fürchten wir, bei der noch herrschenden Massenstimmung auf kein erfreuliches Gegengewicht zu stoßen; immerhin haben die Beobachtungen der letzten Wochen die Nichtigkeit der Feststellung des Reichskanzlers Bauer bewiesen, daß die Arbeitsfreudigkeit unseres Volkes in Aufstieg begriffen ist. Das ist begrüßenswert, und der vorübergehende Mangel an Arbeitslust, so schädigend er auch auf das deutsche Wirtschaftsleben wirkte, hat seine soziologischen Ursachen und wird durch fortwährendes Begehren und Beschimpfen der breiten Volksmassen nichts weniger als behoben. Heute müssen wir uns eingestehen, daß wir einen Haushalt haben, wie ihn sich der Privatmann nicht leisten darf, falls er nicht seines Hauses Zusammensturz befürchten muß. Die Zahlen gehen in ihrer schwindelhaften Höhe kein rechtes Bild mehr von den eigentlichen Verhältnissen, und gerade deshalb müssen wir so schnell wie möglich wieder hoch zu kommen suchen, und das geschieht trotz alledem und alledem durch — Arbeit; dann erst wird sich die Erbschaft, die heute sich als ein Gemisch von Verbrechen, Schuld und Unfähigkeit darstellt, ein einigermaßen erträgliches Aussehen gewinnen.

## Deutsche Nationalversammlung.

Aber es lebt!

„Das deutsche Volk blüht aus tausend Wunden, aber es lebt!“ Diese Worte, die Genosse Noske in der Debatte um den Heeresetat geprägt hat, sind wohl. Noske malt nicht hell, aber alles aus ihm spricht für das Leben, ist Wille zum Leben, und man glaubt gern, daß dieser Wille auch im Volk herrscht, das ihn gewöhnt und zu dessen Regierung er mit berufen ist.

Ueber die Schranken dieser markanten Verlässlichkeit unseres politischen Lebens sei hier nicht weiter gesprochen; es ist eine bekannte Tatsache, daß, je absoluter ein Mensch ist, er desto leichter in Einseitigkeit verfällt sich verrennt und fast nie zu überzeugen ist. Das diese Charakteristika für Genossen Noske anzuwenden zu wollen, muß man feststellen, daß er in seiner Politik unbeeinträchtigt und mit seiner Meinung steigt und fällt. Die tiefe Ehrlichkeit wird ihm keiner seiner Gegner abstreiten. Die Fleißigkeit, die ihn heute zur Gänze beherrscht, unterstützen wir. Denn Noskes Ziel ist: dem deutschen Volk breiten Boden unter den Füßen zu schaffen. Erst auf diesem kann volle Freiheit der Betätigung gewährt werden.

Noske ist sicherlich einer der besten Sprecher, die bisher in der Nationalversammlung zu Worte gelangt sind, seine kurzen, klargliedernden Sätze, voll Anschaulichkeit, oft ziemlich derb, sind berühmt. In der Debatte ist er ein äußerst gefährlicher Gegner. Diesmal hatte er zur Begründung des Etats nicht sofort nach dem Berichterstatter um das Wort gebeten, sondern dem unympathischen Herrn Maréski (D. S. P.), dem Genossen Stücklen und dem schweren Kaliber der Deutschnationalen, Herrn von Graefe, den Vortritt gelassen.

Jedem Menschen mit Erinnerung berührt die Erinnerungslöslichkeit der Rechten peinlich, die heute so gut als ob sie nicht mit Todsünden aus den letzten Jahren belastet wäre. Woher nehmen nur die Leute heute die Stirn, die Lehmung der Reichsmehrheit zu beanstanden, da sie sich doch früher jeden Pfennig Aufbesserung für die Mannschaft von den Sozialdemokraten abhandeln ließen.

Auf der Regierungsbank sitzen neben Noske lauter Feldgraue, Noske allein in Zivil. Sein Stand ist nicht leicht, wir vertrauen, daß er hart durchgreift. Den ungläublichen Verdrehungen der Abenteurer rat Reichsminister Genosse Dr. David entgegen und erinnerte besonders Herrn Kumm, den Mann mit dem kischigen Schillerpathos an seine Tätigkeit während des Krieges. Wenn diese Leute auch nur das geringste Schamgefühl hätten, sie könnten heute nicht so frech auftreten. Doch mit ihrem Ehrenstandpunkt scheint alles vereinbar.

Den Nachmittag beherrschte eine 2½ Stunden lange Rede des „Unabhängigen“ Koenen, von der Wehrminister Noske sehr richtig sagte, daß ein . . . mehr fragt, als tausend Weile antworten können. Die Extreme berührten sich und so war Herr Koenen in manchem Punkte mit den Deutschnationalen einig. Viel Heiterkeit bereitete eine Parallele zwischen Noske und Wilhelm. Reichswehrminister Noske beherrschte sich diese Sammeljurium gegenüber und ging nur auf einzelne der Behauptungen des Vordröners ein. Im allgemeinen löhnte es sich wirklich nicht. Ueber das Wort Noskes, die schärf disziplinierte Reichswehr müsse ein „bedingungsloses Werkzeug“ in der Hand der Regierung sein, ließe sich allerdings streiten.

Nach Annahme des Heeresetats und Ablehnung der nur aus wohlhabenden Gründen von den Deutschnationalen gestellten Aufbesserungsanträge für die Mannschaften, der Reichswehr wurde nach in später Stunde in die zweite Sitzung des Reichsrats eingetreten. Mit Ausbildung des Präsidenten Löbe verließ der Deutschnationale Mittelmann die Ausschüsse des Reichsrats und trat zurück. Er griff einige Male in seinen Bratenack — ein Kniff, der so billig ist wie Brombeeren — und suchte nachzuweisen, daß nicht nur die rechten Parteien antirepublikanischen Hingelipfsten nachgelagert haben. Es gab eben auch bei den anderen Parteien Sünden. Gegen 9 Uhr schloß die Sitzung mit persönlichen Bemerkungen.

112. Sitzung, Mittwoch, den 29. Oktober 1919.  
Am Regierungstisch: Noske, Reichardt, Traha.

Die Reichswehr.

Der Haushaltsauschluß beantragt eine Entschließung auf angemessene Erhöhung des Besoldungsgeldes und des Ersatzbetrages für die Unterbringung, auf Verbesserung der Beförderung und der Bekleidung und auf Unterbringung der Kriegsgefangenen in geeigneten Ställen. Die Deutschnationalen fordern in einer Entschließung eine unparteiische und nur von sachlichen Rücksichten diktierte Handhabung des Gesetzes über den Besoldungszustand, die Beförderung mit Zeitungsverboten auf drei Tage, vorübergehende des Herausgebers, ausdrückliche Bezeichnung der beantragten Artikel in der Verbotsanordnung und sofortige Fällungnahme mit dem Herausgeber wegen Wiedererleidens der Zeitung oder Druckverstoß. Eine zweite deutschnationale Entschließung fordert Erhöhung der Gehaltsstufe für Offiziere und Sanitätsoffiziere, Unteroffiziere und Mannschaften in einer den heutigen Verhältnissen entsprechenden Weise, ausreichende Versorgung mit Kleidern und Schuhen, Auszahlung von Entschädigungsgeldern und beschleunigte Nachzahlung der Gehaltsrückstände an die aus der Gefangenschaft zurückkehrenden Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften.

Hg. Maréski (D. S. P.): Selbst Reichssozialisten wie Scheidemann, haben sich vor Angriffen gegen die Reichswehr nicht jern. Das ist ungerecht, unklar und undenkbar. Bürgerliche Offiziere haben reichend eingegriffen, als sozialistische Minister ihre Macht und Leben zitterten. Die Mehrzahl der Offiziere, die der Republik dienen, ist monarchisch gekannt und lehnt doch jede Gewaltanwendung für die Monarchie ab. Werden sie zum Verfall der Reichswehr gezwungen, dann führt das ganze Heeresgebäude zusammen. Nur die Reichswehr gibt dieser Regierung Halt. Sie allein hält die Ordnung aufrecht. Darum muß sie aber auch angemessen befördert und belohnt werden. (Murmeln. Zurufe bei den Sozialisten.) Früher haben Sie sich darum nicht gekümmert! — Präsident Behrenbach: Waschen Sie nicht schon frühmorgens einen solchen Lärm. — Große Heiterkeit.)

Hg. Stücklen (D. S. P.): Das war ein schöner Anfang. Was der Vordröner vergessen hat, wird Herr von Graefe noch nachholen. (Heiterkeit links.) Niemand von uns, auch Scheidemann nicht, hat die Reichswehr beschimpft. Der Vordröner ist Bürgermeister in Lichtenberg. Als die Gefahr bestand, daß die Sozialisten heutzutage in Lichtenberg die Oberhand gewinnen und die Reichswehr einrücken sollte, hat der Oberbürgermeister von Lichtenberg dies abgelehnt und lieber mit den Sozialisten verhandelt. (Hört, hört! links.) Sie haben ihm offenbar näher als die Reichswehr. (Sehr gut! links.) Natürlich müssen die Soldaten ausreichend besoldet werden. Aber wo war denn die Rechte früher? Welchen Kampf haben wir führen müssen, um auch nur eine Erhöhung der Soldatenbesoldung um einige Pfennige zu erzielen? Erst als es im Felde in allen Augen trachte, wurde sie bewilligt, um die Stimmung zu heben. (Sehr richtig! links.) Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß wir alles gutgehen, was die Regierung tut, weil wir Regierungspartei sind. Wir haben das volle Recht der Kritik. Jede Regierung braucht eine Kraft, um den Gelehen Achtung zu verschaffen. Ein Idealzustand wäre es, wenn man gar kein Militär brauchte. Die Ohnmacht einer Regierung würde schließlich zur Anarchie führen. Deutschland muß wieder aufgebaut werden, und wenn das Werk gelingen soll, wieder das Vertrauen des Auslandes gewinnen. Wir Sozialdemokraten sind stets für die Miliz eingetreten. Der Friedensvertrag gestattete uns aber nur noch ein Söldnerheer. Die Kosten sind ungeheuer. Die 200 000 Mann kosten jetzt mehr als früher ein Heer von 500 000 Mann (Hört, hört!) Eine Söldnertruppe muß eben ausreichend entlohnt werden. Die Angehörigen der Reichswehr dürfen nicht schlechter gestellt sein, als die Arbeiter; sonst werden wir nie eine geeignete Reichswehr bekommen. Es ist auch klar, daß die Gehälter der Offiziere geändert werden müssen. Für 150 Mark kann man keinen Leutnant haben. Für die Verteilung des Landes kommt eine Söldnerarmee von 100 000 Mann fast gar nicht in Betracht. Im Innern aber bedeutet sie eine große Gefahr. Sie (nach rechts) wollen die Reichswehr auf Ihre Seite hinüberziehen. (Widerpruch rechts.) Erst jetzt hat Herr Maréski sein warntes Herz für die Soldaten erkannt. In den hohen Offiziersstellen ist der Adel unglücklich bevorzugt worden. Neben 15 Adligen haben wir nur 4 bürgerliche kommandierende Offiziere. Das gibt zu denken. Wir wollen nicht, daß die Adligen ausgeschaltet werden, sie sollen aber auch keine Begünstigten finden. Dieser Gefahr kann nur dadurch begegnet werden, daß der Reichswehrminister das Heft fest in der Hand behält. Wir haben als Fahne Schwarzrotgold (Zuruf rechts: leider!), viele Offiziere können sich aber daran nicht gewöhnen. Das zeigt sich am deutlichsten dort, wo Offiziere die Ausschmückung von Bahnhöfen zum Empfang der Kriegsgefangenen obliegt. Den Kriegsgefangenen werden wir sagen: Nicht wir sind Schuld an diesem Kriege, sondern (nach rechts) Sie sind Schuld daran! (Zuruf rechts: Ha!)

Die Regierung hat die Aufgabe, die Heimkehrer auszulösen. Manche Offiziere haben aber die Aufführungsproben verkannt. Daß Sie (zur Rechten) Bravo rufen, zeigt Ihre Auffassung. Die Offiziere stehen nicht auf dem Standpunkt der republikanischen Regierung und eilen Andersdenkende aus der Reichswehr hinaus, wie in den letzten Tagen den Abjudanten des Reichswehrministers. Es werden sich die Fälle, daß die Offiziere ihre Mannschaft nicht in der Hand haben



Der Reichswehrminister muß dafür sorgen, daß solche Offiziere die längste Zeit Offiziere gewesen sind. Wir wollen Disziplin, aber sie darf nicht auf Kadavergehorsam beruhen, sondern auf der Liebe zur Sache. Wenn aber der Offizier selbst keine Disziplin hat, dann dürfen verschiedene Vorteile nicht mündlich gegeben werden. Wenn der Offizier der Republik dienen will, so muß er ohne Hintergedanken dienen. Kann er das nicht, so soll er in den Ruhestand treten, daß er aus der Truppe ausscheidet. Auch in Deutschland kann ein Zivilist Kriegsmilitär sein, aber er muß die Leitung in der Hand haben, damit keine Panzer um ihn gebaut wird. Er muß die Führung mit dem Volke behalten. Mit dem Schutt der Vergangenheit muß aufgeräumt werden. (Zurück rechts: Nein, mit dem Schutt der Gegenwart!) Die geheimen Qualifikationslisten für Offiziere müssen jetzt auch verschwinden. Die Nachzahlung der Löhne für die Zeit der Gefangenenschaft wäre ein Scandal an die Befehlshaber, denn die Armeen haben diese Zahlung in Form eines Zuschlages zur Familienunterstützung schon erhalten. Für die Truppe muß noch in anderer Beziehung vorgeordnet werden. Natürlich muß jeder Mann eine zweite Uniform erhalten. Auch kann man Leute, die zwölf Jahre dienen, nicht an Duzenden in einem Zimmer schlafen lassen. Die Verteilung muß besser werden. Alles in allem: bei der Reichswehr darf nicht gehandelt werden. Wir behaupten ganz allgemein, daß in Frankreich noch immer fast eine halbe Million Kriegsgefangene zurückgehalten wird. Bald wird sich der Tag des Waffenstillstandes zeigen. Doch trotzdem diese Armeen noch immer hinter Schlachtfeldern lagern, ist eine herberische Unmenslichkeit. Man läßt keine Ahnung von den Duzenden zu haben, die ihre Angehörigen erdulden. Die Gefangenen verweigern schon bei der Heimkehr, sie glauben schon, die Heimat habe sie vergessen. Die Gefangenen über See sind nur mit schwerer Mühe und hohen Kosten zurückzubringen. Es fehlt uns an Schiffen. Der Heimtransport eines einzigen Gefangenen aus Sibirien kostet 11 000 Mk. und 20 000 Kriegs- und 30 000 Zivilgefangene sind noch dort. Und doch hat die Regierung nie gegögert, diese Summen auszugeben, denn die Kriegsgefangenen müssen nach Hause. (Lebh. aus. Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. Kaden (Z.): Das Heer muß entpolitisiert werden; es darf nicht der Tummelplatz politischen Streites sein. Das gilt erst recht für das Offizierskorps. Abg. Gräfe (Dnl.): Gewiß werden durch unsere Anträge für die Mannschaften und Offiziere große Kosten verursacht. Was die Regierung den Kauf verhindern, wobei sie die Mittel nicht hat. (Große Unruhe links.) Der Reichswehrminister bezweifelt, durch Energie das zu erreichen, was ihm an Kaufkraft fehlt. Bei der Handhabung der Zensur ist er mifflüchtig und partiell als irgend eine Behörde vor ihm. Die neue Verfassung verbürgt jedem Deutschen das Recht der freien Meinungsäußerung. Niemand darf ihn davon hindern. Zu diesem „Niemand“ gehören auch Sie, Herr Reichswehrminister. Sie handeln aber nach dem Grundsatz: Macht vor Recht! (Stürmisches Geschrei bei den Sozialisten und den Reichswehrparlamentarier.) Sie regieren in absoluter Weise. (Zurück rechts: Herr von Kaden war im Parlament gegen Sie!) Kein Kaiser und kein König ist je irgend eine Zeit in absoluten ausgeglichen, wie Sie. Sie kümmern sich um das Volk um den Parlamentarismus. (Abwärtiger Beifall rechts. Große Unruhe links.) Ein Mann, der wie Sie jahrelange Erfahrung das Vertrauen zur Arme unterwühlt hat, steht nicht an einem ruhigen Posten. (Stürmisches Widerstreben und Rufen links. Beifall rechts.)

Reichswehrminister Kossel: Die Ausführungen des Abg. von Gräfe haben der Schwere politischen und finanziellen Lage des Reiches nicht Rechnung getragen. Was er trieb, war Selbstmordpolitik. (Sehr richtig! links.) Wir sind im allerbesten Anglück; aber dieses Anglück sollte man wenigstens mit Ernst und Würde zu tragen wissen. (Sehr gut! links. Unruhe rechts.) Unser Volk ist in allen seinen Teilen ehrenvoll aus dem Kampfe gegen die ganze Welt hervorgegangen. (Beifall.) Es besteht Hoffnung, daß die Schwierigkeiten im Balkan überwunden werden. Jeder kann die Eisenbahnerverwaltung in Deutschland täglich nur zwei Rüge aus dem Balkan aufnehmen. Ob wir den Abtransport über See ausführen können, hängt von der Unterabteilung ab. Nichts ist die Behauptung, daß wir die berechtigten Forderungen der Reichswehr nicht erfüllen. Man vergesse nicht, daß Mangel an Kohlen und Geld herrscht. Es geht nicht an, daß Angelegenheiten des inneren Dienstes über eine Kraktion an mich gelangen. Das war auch der Grund für den pflichtigen Widerruf des genannten Offiziers, worüber ein Vorzeher Justizrat parlang. Ich denke nicht daran, mit Offizieren weiter zu arbeiten, die sich nicht direkt, sondern auf Umwegen über meine Kraktion an mich wenden. (Hört, hört!) Der Marineetat ist schon auf 15 000 Mann heruntersgebracht. Dagegen ist die Verringerung des Heeres nicht in dem Tempo erfolgt, wie wir es geplant hatten. Bei der Auswahl der Offiziere wird nicht noch der politischen Zuverlässigkeit getraut. In der Frage der Besetzung hat der Vorzeher der Unvollständigkeit das Wort geredet. Es ist zweckmäßig war aber nicht die alten Formen zu ändern, bleibt dahingestellt. Die Verfassung hat es getan, und die Verfassung ist zu bekräftigen. In der Marine sind 38 Prozent aller Offiziersstellen Angehörigen des Mannschaftenstandes vorbehalten. (Beifall links.) Natürlich muß für eine ausreichende Besetzung vorgeordnet werden. Je notwendiger wir die Reichswehr brauchen, desto weniger darf man sie zum Vorzeher machen. Von links wird sie bekräftigt, von rechts unterwühlt oder umwunden. In der Arbeiterchaft herrscht die Befürchtung, sie könne ein Werkzeug der Gegenrevolution werden. Das geht von geringem Vertrauen zur Regierung aus. In der jetzigen Zeit kann man mit sentimentaler Selbstbelei keine Politik machen.

Das Reich ist mehr bedroht als je im Kriege. Deutschland müdet aus launisch Wunden, aber es lebt. Wer das Reich gefährdet, ist als Schlingel zu behandeln. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit. Lärm rechts.) Ich habe jetzt einen Befehl unterzeichnet, in dem zum Ausdruck gebracht wird: Je länger die Truppe ist, um so länger wird sie sein. (Lebhafter Beifall.) Wenn es gilt, ein Volk von 60 Millionen zu retten, so können auch Schwäne fliegen, wenn es nicht anders geht. (Lebh. Beifall bei der Mehrheit. Rufen rechts.) Reichsminister Dr. David: Wenn man Herrn von Gräfe nicht hat, so weiß man, weshalb das deutsche Volk in so einschüchterndem Anglück hineingekommen ist. Das ist der Geist, der an dem Zusammenbruch schuld ist. (Zustimmung links.) Diese Leute haben die Einheit vernichtet, indem sie jeden als Selbstverweigerer hinstellten, der vom Verteidigungskampfe sprach, der eine Verständigung wollte. Ihr Ziel ging auf Rechtsüberwindung und Eroberungen hinaus. (Abg. Kamm (D.): Herr hat das gewußt! — Große Unruhe links und Zarufe: Sie ab!) Sie, Herr Kamm, sind hinter der Front unehrenhaft und haben für die Verlängerung des Krieges gewirkt. Damit haben Sie die Front in der Heimat und draußen durchbrochen. (Zurück: Vaterlandspartei!) Gleichzeitig haben Sie dafür gesorgt, daß aus dem europäischen Kriege ein Weltkrieg wurde. Sie haben aus Amerika ein Heer geholt. Herr von Gräfe hat damals der Lausitzer Schreier. (Sehr richtig! links.) Ich noch dem völligen militärischen Zusammenbruch verlangten, daß einmal der Waffenstillstand innerhalb 48 Stunden. Von welchem Seitenstandpunkt aus hätten wir damals, als der Zusammenbruch da war, nicht in die Regierung einziehen dürfen, sondern Ihnen den Vorzeher überlassen müssen. (Zurück links: Dann hätten Sie heute nicht so sein.) Aber um noch zu retten, was zu retten war, haben wir in die Regierung ein. (Sehr Wehe, die die die Situation noch ungelöst hatten, hätte sie nur verweigert. Ein Generaloberst König hat damals vor eine Waffenüberwindung des ganzen Volkes herangezogen. Er glaubte aber auch, daß wir dann nur noch vier bis fünf Wochen aushalten könnten. Ich meine Frage, ob er glaube, daß die politische Situation dann die bessere sei, nicht er mir die Antwort schuldig. Hat diese alte Sage soll die Entente nicht gekannt haben? (Bewegung.) Ich meine Niederlage als eine Folge der Revolution hingewiesen, die eine große Enttäuschung der Bevölkerung über die Regierung verursachte. (Zurück: Sie, Sie!) (Zurück: Sie, Sie!) (Zurück: Sie, Sie!)

das gute Gedächtnis des Volkes! Der Redner wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. v. Gräfe, der jetzt die Männer bekräftigt, die den Frieden unterzeichneten. (Abg. Schultze: Warum hat ihn Herr Scheidemann nicht unterzeichnet! Es wird Ihnen nichts von dem Geld erzählt, das sie vermeiden wollten!) Die Franzosen brachten darauf, einmarschieren, Deutschland im Westen zu empulieren und im Süden auseinanderzureißen. Der Bürgerkrieg in seiner furchtbaren Form wäre die Folge gewesen. Da hätten wir die Annahme der feindlichen Bedingungen für das kleinere Übel. Eine Hinausschiebung um vier Wochen wäre das Schrecklichste für unser Volk gewesen. Sie hätte Tausende von Menschenleben gekostet. Darum kann man nur annehmen, daß der Aug. Schultze den ungeheuren Ernst der damaligen Lage nicht erkannte und deshalb wenig die Gefahren, die uns jetzt noch drohen. Die Rede des Herrn von Gräfe ist nur eine Propaganda für die Volkswirtschaft. Sie (nach rechts) wollen die Revolution von links, und dann kommt die Reaktion von rechts, wie in Ungarn. (Abg. Schultze: Wie kommen Sie dazu, uns so etwas zu unterstellen?) Weil das die einzige psychologische Erklärung ist. Deden Sie die Rede des Abg. v. Gräfe mit Ihrer Partei, so wird das Volk dafür mit Ihnen abrechnen. Netten kann uns nur das Zusammenstoßen aller Parteien auf der großen einheitlichen Linie; halten wir zusammen, dann sind wir stark genug, der Gefahr von rechts und links zum Trotz den Wiederaufbau unseres Vaterlandes zu fördern. (Lebh. Beifall.)

Abg. Dr. Haas (Dem.): Der unbeschränkte U-Boots-Krieg und der Krieg mit Amerika haben uns die Niederlage gebracht. Es ist unerträglich, wie Ludendorff durch seine Kräfte in der Reichswehr hehl. Als großen Heerführer haben wir ihn immer anerkannt. Ob er ein Freund der Soldaten war, das steht auf einem anderen Blatt. Wir Demokraten sind ehrliche Anhänger einer gerechten Urzückung. Als unerträglich müssen wir aber unsere Entwaffnung gegenüber der schrankenlosen Bewaffnung der anderen empfinden. Abg. Kamm (D.): Der Militarismus jagt schlimmer als je an dem Mark des Volkes. In amtlichen Stellen glaubt man, die allgemeine Dienstpflicht bestehe immer noch. Nach der Verfassung darf die Bewaffnung des Palastregimentsstandes und das Eingreifen des Militärs nur im Einvernehmen mit den Zivilbehörden durchgeführt werden. Die Militärs setzen sich aber in Mitteldeutschland, wo „Unabhängige“ die Kreisbehörden beherrschen, über diese Bestimmung in der unerschrockensten Weise hinweg. Wir sind mit den Demokraten einig.

daß die Zeitungszensur aufgehoben werden muß. Ich frage die Regierung, ob es richtig ist, daß für den 9. November besondere Bestimmungen erlassen worden sind. Dieser Revolutionsstag ist für uns schon lange kein Feiertag mehr. In Königsberg ist der Hungerstreik ausgebrochen. (Schlußruf: — Zuruf: Treten Sie in den Redezirkel ein! Die nächsten Worte des Redners gehen in den Schlußworten verloren.) Sie (zur Rechten) brauchen eine Arme für die Revolution. Wir dürfen nicht, daß auf diese Weise Sozialisten vertrieben werden. Zwischen Kasse und Wilhelmsland hat jede große Reichswehr. Wir haben 1870/71 26 000 Tote gehabt, wenn es uns nicht gelang, die Massen im Raum zu halten, dann wird diese Zahl im inneren Krieg bald überschritten sein. (Zuruf: Spiegelberg!) Es führt keine Brücke von den Rechtssozialisten mehr zu uns. (Stehen bei der Mehrheit: Beifall bei den Unabhängigen.)

Reichswehrminister Kossel: Wenn sich die „Unabhängigen“ über Gewalt beklagen, so wird das immer demisch. In Berlin hat im Gefängnis ein Mann fünf Tage lang gehungert. Er hat es glänzend überstanden, denn nichts als er Schockade. (Stürmisches Geschrei links.) Die Anweisung, daß Schützlinge auch mit ihren Verteidigern nur in Anwesenheit eines Beamten sprechen dürfen, ist darauf zurückzuführen, daß bei einem Schützling ein Kaffiber gefunden wurde, auf dem stand: „Gib dem Verteidiger ruhig den Brief mit, er ist absolut sicher. (Hört, hört!) Die Frage, ob ich mit den französischen Generalen Dupont und Kléber einen gemeinsamen Rat für den Krieg in Russland habe, erinnert an das Wort, daß jemand mehr fragen kann, als hundert Geschieße zu beantworten vermögen. (Zuruf: Zustimmung.) Vielleicht ist nach Herrn Kossel der ganze Friedensvertrag nur ein Scheinmanöver. Die französischen Sozialisten greifen jeden Anspan auf, den die deutschen „Unabhängigen“ verpassen. Die Zahl der Opfer des Bürgerkrieges ist einschüchternd hoch. Der Vorzeher hat aber toll übertrieben. Ihr Wüthen beträgt die Zahl 500 bis 700, für Berlin in der Märzwoche etwa 100. Aber haben wir etwa angefangen? Wir haben nur abgewehrt. Ich werde nie vergessen, was ich als Angehöriger gelagt habe. Aber es besteht ein Unterschied zwischen damals und heute. Von einer Umgehung des Friedensvertrages kann keine Rede sein. Die Zeitreisewilligen sind eine Art Feuerwehr zur Löschung des Brandes im Innern. (Zuruf bei den Sozialisten: Sie hören! Feuerwehr mit Maschinengewehren.) Die französischen Sozialisten haben uns während des Krieges empfohlen, Revolution zu machen, dann würden wir einen billigen Frieden bekommen. Jetzt sagen sie: Deutschland müsse entwaffnet werden, dann würden sie folgen. Den billigen Frieden haben wir nicht bekommen, und ich fürchte, wir werden die Entwaffnung auch nicht bekommen. (Sehr richtig!) Die Reichswehr muß ein bedingungsloses Werkzeug in der Hand der Regierung sein. (Sehr richtig! Lärm bei den Unabhängigen.)

Vorzeher Fehrenbach: Der Reichswehrminister hat von nichts wichtiger Denunziation gesprochen. Wenn er das mit Bezug auf ein Mitglied des Hauses gelagt hat, so muß ich es als unangehörig rügen. Das Gehalt des Reichswehrministers wird hierauf gegen die Stimmen der „Unabhängigen“ und einiger Deutschnationaler bewilligt. Abg. Loh (Soz.): Die Entschließung Trautadt und Genossen, der Oberbefehlshaber solle bei der Bekämpfung des Belagerungszustandes unparteiisch und nur nach sachlichen Rücksichten verfahren, heißt: wir für überflüssig und selbstverständlich. Die Sozialdemokratie ist grundsätzlich Gegnerin des Belagerungszustandes, sie verlangt seine Aufhebung, wenn auf die Anwendung von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele, sei es von rechts oder von links, verzichtet wird. Der Antrag wird darauf abgelehnt.

Die Entschließung des Ausschusses über die Bekämpfung der Reichswehr wird angenommen. Damit ist der Gesetzesentwurf erledigt. Beim Haushalt für das Reichsmilitärgericht teilt Reichswehrminister Kossel mit, daß ein Gesetzentwurf über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit dem Hause nach den Ferien vorgehen soll. Es folgt die

Verzierung des Marineetats. Abg. Mittelmann (D.): Nicht wir allein sind während des Krieges Annerkennung gewesen. Abg. Scheidemann hat im Jahre 1913 eine Reichstagsrede gehalten, in der er sagte: Das Land, in das wir diese Saat säen, ist unser Land. Das wollen wir behalten. (Lachen bei den Sozialisten.) Abg. Süßler (D.): Die Gründe des Vorzeher sind mifflüchtig an dem Zusammenbruch, es wird ihm nicht gelingen, durch noch so viele Griffe in seinen Fingerring uns zu Annerkennung zu bringen. (Sehr richtig! bei den Sozialisten.) Nach weiteren Ausführungen der Abg. Brachhoff (Dem.), Zuber (Z) und Oberjohann (D.) gab es Gedemütlich a Traufha der gestellten Seelen und verpönt, daß in der neuen Marine der Mensch zur Geltung kommen solle. Abg. Scheidemann (D.): Am 16. März 1915 hat gar keine Reichstagsung stattgefunden. Ich kann also an diesem Tage nicht gesprochen haben. Dagegen habe ich am 18. März 1915 von der Roten Landes gesprochen und gesagt, wir sind voll zuversichtlich und voll Kraft. Das Land, in das wir unsere Saat säen, ist unser Land, das wollen wir verteidigen. Dieser Satz habe also gar keine annerkennungsfähige Töne. Aber Herr Mittelmann in Königsberg und weiß vielleicht noch nicht, wie vorzüglich man bei Juden aus annerkennungsfähigen Tönen, wie die, die er benutzt hat, sein muß. Ich empfehle ihm für die Zukunft größere Vorsicht.

Die Aussprache schließt. Der Marineetat, die Staats für den Reichstag, den Rechnungs- haß, die Reichsdrukeret, die Reichsschuld und die allgemeine Finanzverwaltung werden erledigt. Damit ist die zweite Lesung des Haushaltsplanes beendet. Das Haus verlagert sich. Donnerstag 9 1/2 Uhr: Beantwortung von Monopol und dritte Lesung des Etats. Schluß gegen 9 Uhr.

### Das Inkrafttreten des Friedensvertrages.

Ein englischer Protest. Liberals englische Wälder, wie „Nation“ und „Manchester Guardian“, protestieren ganz energisch gegen den merkwürdigen Beschluß des Obersten Rates, die Entscheidung über das Datum, wann der Friedensvertrag in Kraft treten soll, dem Oberkommando zu überlassen, mit anderen Worten: Foch. Der „Manchester Guardian“ fragt, ob Foch etwa ein Mittel in der Hand behalten wolle, um Deutschland an einer Beilegung an der Blockade gegen Rußland zu zwingen, und die „Nation“ wittert in dem Beschluß einen letzten Streich der französischen Militärpartei, um ihre Autorität zur Geltung zu bringen. Es sei ein monströser Beschluß des unverlässlichen Militarismus.

### Rumänien will Bessarabien annektieren.

U. Bukarest, 29. Oktober. Die rumänische Regierung hat dem Obersten Rat die Annexion Bessarabiens bis zum 1. November angezeigt. Die rumänischen Truppen, die in der Gegend von Kischinew und Kenderb stehen, haben bereits den Vormarschbefehl erhalten. Es verlautet hier, daß der Oberste Rat den Entschluß Rumäniens nicht billigt und eine Note nach Bukarest senden wird, in welcher die Rumänien Bessarabiens durch die rumänischen Truppen verlangt wird. Hier herrscht die Auffassung, daß es sich auch in diesem Fall um eine amerikanische Kampagne gegen Rumänien handelt, die wegen der Bestrebungen der Standard Oil Co., sich der rumänischen Ölfelder zu bemächtigen, geführt wird.

### Der Reichenhügel.

U. Basel, 29. Oktober. Nach einer Meldung der „Neuen Korrespondenz“ aus Washington stellt eine vom Kriegsminister der Vereinigten Staaten veröffentlichte Statistik fest, daß die Zahl der im Verlauf des Weltkrieges auf den Schlachtfeldern gefallenen Soldaten auf 7 500 200 Mann sich beläuft. Von unterrichteter Seite wird zugesagt, daß diese Berechnung für die Gesamtzahl der auf beiden Seiten Gefallenen zutreffen dürfte.

### Der Kampf um Petersburg.

Trotsky Herr der Lage. Die Lage der Nordwest-Arme unter Judentisch ist trotz einiger örtlicher Erfolge bedrohlich. Sämtliche Alarmnachrichten über Erfolge und die bevorstehende Eroberung Petersburgs heftigen sich nicht. Nach zuverlässigen Nachrichten sind vielmehr die Bolschewisten nach wie vor in Petersburg die Herren der Lage und stehen unter der persönlichen Leitung Trotskys Elitetruppen nach Petersburg. Trotsky sagte über die Lage Petersburgs: Bis zum 21. Oktober lag die Initiative in den Händen Judentischs. Am 22. Oktober ging die rote Armee zum Angriff über und brachte dem Feind eine schwere Niederlage bei. Wir haben den Feind zum Wanken gebracht und ihm die Hauptstellung entzogen. Wenn wir unsere Kräfte noch weiter anspannen, wird auf den ersten Streich halb ein entscheidender Schlag folgen. Die Petersburger Menschewitz (Rechtssozialisten) bieten ihre Kräfte für die Verteidigung der Stadt an.

### Rastowo von Finnen besetzt.

U. London, 29. Oktober. Die „Times“ berichtet aus Wiborg, daß der finnische Oberst Elewengren die Stadt Rastowo, einige Meilen nördlich von Petersburg, genommen habe.

### Deutschfreundliche Kundgebungen im Elsaß.

U. Karlsruhe, 28. Oktober. In den letzten Tagen haben, wie von zuverlässiger Seite berichtet wird, in zahlreichen oberelsässischen und lothringischen Orten deutschfreundliche Kundgebungen stattgefunden. Nach Metz und Diedenhofen sind Truppenverstärkungen abgegangen, da dort Umschreitungen gegen die Franzosen stattfanden. Die Zellungen dürfen Einzelheiten nicht bringen. Die französische Polizei nahm viele Verhaftungen vor.

### Keine politische Nachrichten.

Umwählige Annäherung. Die Kreisbehörde in Oswestry (England) hat den Beschluß gefaßt, den Deutschen die Errichtung eines Kriegerdenkmals im deutschen Friedhof zu Posthall Camp zu erlauben, nachdem die deutschen Behörden den Engländern die gleichen Rechte auf den englischen Friedhöfen in Deutschland eingeräumt haben.

Der Reichswirtschaftsrat tritt erstmalig am 7. November zusammen. Die bisherige Leiterin der sozialen Frauenschule in Hamburg, Fräulein Dr. Marie Baum, demokratisches Mitglied der Nationalversammlung, wurde als Referentin in das badische Arbeitsministerium berufen und hat ihren Posten bereits angetreten.

In Holland hat sich ein Komitee gebildet zur Eindämmung der schrecklichen Not in Oesterreich und Ungarn. Wegen Papiermangels dürfen die Wiener Tageszeitungen täglich nur zweimal zwei Textseiten umfassen.

Im Bezirk Innsbruck wurde wegen vollständiger Erschöpfung der Kohlenvorräte die Einstellung sämtlicher Personenzüge verfügt.

Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat die Ausführung von Opfern in deutscher Sprache untersagt.

Die japanische Regierung gibt bekannt, daß sie mit England zwecks Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisvertrages in Verhandlungen eintreten wird.



# Aus dem Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 30. Oktober.

**Wichtig! Sozialdemokratische Bürgerfraktion!** Morgen, Freitag abend 7½ Uhr Sitzung im Rathaus. Die Wichtigkeit der zu erledigenden Angelegenheiten erfordert das Erscheinen aller Mitglieder.

## Von unten auf!

Das Leben ist ein großes Freinanderarbeiten von Ringen und Strahlen, ein Kämpfen um die niedrigsten Ziele wie um die höchsten Ideale. Und wie die Ziele verschieden sind in ihrer Höhe und Weite, so sind auch verschieden die Triebe, die zu diesen Zielen streben. Es kann kalter, harter Egoismus sein und höchste, selbstlose Begeisterung.

Innerhalb dieser Grenzen nun bewegt sich das Leben: in diesen Grenzen liegt auch das proletarische Los. Natürlich ist nach dieser Ansicht das Ziel proletarischen Strebens nur niedrig, ebenso niedrig wie der Trieb, der auf das Ziel gerichtet ist. So urteilen diese Spießer-Spießer, auch wenn die höchste Gelehrsamkeit ihnen eingepaukt wurde, weil ihr Votum es sich leisten konnte. Können sie auch anders urteilen, diese Menschen der Konventionellen Lügen und des heuchelnden Absentismus, diese Menschen der Gegenwart und der Zufriedenheit? Können sie urteilen über eine ihrem Wesen so ganz fremde Welt, die Welt der Gerechtigkeit und Natürlichkeit, die Welt des ewigen Werdens und Wachstums, die Welt des Sehns nach Freiheit und Brüderlichkeit? Ebenso wie der Kapitalismus rein materiell Klassen schuf unter den Menschen, ebenso schuf er auch Klassen in der Welt des Könnens und Sehns. Naturnotwendig sind diese Anschauungsweisen verschieden und naturnotwendig liegt die Wahrheit, Reinheit, Natürlichkeit, Gerechtigkeit dort geborgen, wo das Leben am tiefsten geformt und gebildet hat.

Es war ein natürlicher Instinkt bei allen großen Heilsvorwänden, daß sie sich vor allem, wie auch Jesus, an das Volk wandten, an die Menschen des Lebens ohne künstliche Beeinflussung. Da, wo das Herz des sehnennden Volkes ist, da ruht der Keim sittlichen Weltwachsens.

Auch im proletarischen Volke gibt es natürlich jene Menschen des Augenblicks und der Zufriedenheit. Wenn sie ihr eigenes Ich eher einfügen in eine Idee, wenn sie ihr Glück erfahren als ein Stück eines Gemeinwohlens, dann sind sie Keime des Wachstums der sittlichen Welt, die Träger einer sittlichen Weltentwässerung.

Und so ist der sozialistische Kampf im tiefsten Grunde nicht ein rein materielles Streben, wie der Spießer es sich denkt: er bedeutet das Gehen einer neuen sittlichen Kraft, die Wesen zur Geburt von Gerechtigkeit, Gerechtigkeit, Freiheit, Einigkeit. Nur von unten auf wachsen Seele, Geist, Glück.

Dr. Gustav Hoffmann.

Der Bürgerausschuß hat in seiner Mittwoch-Sitzung folgenden Beschlüsse gefaßt: 1. Verrückung der Zusammenkunft der Betriebsbehörde, Abt. Schlachthof. (Neben den Meistern erhalten auch die Gesellen 2 Sitze in der Behörde.) 2. Verrückung der Beamtenstellen bei der Feuerweh. 3. Verfüzung der Mittel für Vergütung der Uebersunden der Feuerweh. Kosten 5500 Mk. 4. Nachbewilligung bei der Oberschlachthof. Kosten 72 786,35 Mk. 5. Schaffung einer neuen Zeitungsstelle. 6. Nachbewilligung von Kriegsteuerungslager für die Lehrerinnen des Privatlyzeums am Falkenplatz. Kosten 1233 Mk. 7. Mittel für außerordentliche Holzfallung im Jhradsdorfer Revier. Kosten 300 000 Mk. — Bei dieser Gelegenheit richtete Aug. Pöpa das Ersuchen an den Senat, von unseren Altsäumen jeden zweiten Baum zu entfernen und zu Brennspannen zu verwenden. Die Mehrheit des Bürgerausschusses stimmte diesem zu. — 8. Verkauf einer Landfläche an den Fuhrwerksbesitzer Warbs, Lübeck. — 9. Erwerb einer Landfläche von dem Müller W. Mann in Nitzerau. — Der Antrag auf Schaffung einer neuen Oberbeamtenstelle beim Arbeitsamt wurde an eine Kommission verwiesen. Von unseren Genossen wurde betont, daß diese Stelle durchaus nicht unbedingt von einem Juristen besetzt zu werden brauche. Vorausgesetzt, daß der Beamte über einen gebundenen Menschenverstand verfüge. Um 7½ Uhr mußte die Sitzung aufgehoben werden, weil der Bürgerausschuß beschlußunfähig geworden war. — Herr Dr. Brunns ist dieser Tage 25 Jahre lang Schriftführer des Bürgerausschusses. Der Vorsitzende brachte ihm aus diesem Anlaß einen Glückwunsch dar.

**Milchartenausgabe.** Da die bisher für die Milchartenausgabe bestimmten Räume in der Stadthalle nicht geeignet werden können, findet die Ausgabe vom Freitag, dem 31. Oktober ab im Hause Mengstraße 6 (Marktalleneingang) im ersten Stock statt. (Siehe die heutige Bekanntmachung des Landesverwaltungsamts.)

Die Küstenschiffahrt in der Ostsee beginnt sich wieder zu heben. Wie gemeldet ist seit dem 25. Oktober die Fischerei und Fahrt längs der Küste erneut gestattet. Am Mittwoch sind vom hiesigen Hafen zwei Schiffe nach Holtenau und eines nach Königsberg abgegangen, ein Dampfer nach Hamburg. „Bannat“ ist auslaufen bereit und erwartet aus Hamburg den Erlaubnischein von der Meereskommission. Ein Dampfer mit Holzladung aus Memel wird hier erwartet. Auch in den anderen Ostseehäfen haben die Fährten eingelebt. Von Stettin sind 14 Dampfer abgegangen, davon zwei nach Danzig und je einer nach Königsberg und Lübeck. Heute werden weitere Dampfer folgen. Auch aus Danzig wird schon gemeldet, daß der Verkehr innerhalb der Küstengewässer wieder aufgenommen worden ist. Der Verkehr mit den neutralen Ostseestationen bleibt noch unterbrochen.

Die Berufsberatung in Lübeck. Die Berufsberatung des hiesigen Arbeitsamtes hat durch seine Beamten die Schüler der Stadt aufgesucht und in den oberen Klassen derselben die Schüler über den Wert der Berufsberatung Aufklärung gegeben und die Wünsche der Schüler in bezug auf ihre Berufe entgegengenommen. Sie hat auch in vielen Einzelfällen die Schüler über den zu erzielenden Beruf bereits beraten. Es hat sich herausgestellt, daß sehr viele Schüler zum Schlosser- (Waldschmied-) und Elektrikerberuf Neigung zeigen. Dieses kommt wohl daher, daß in früheren Zeiten gerade diese Berufe in Lübeck größere Ausichten zeigten, weil sich in der Handels- und Kriegsmarine für die Schlosser und Elektriker ein gutes Fortkommen bot. Da aber diese Ausichten jetzt ganz weggefallen sind und auch für dieses und wohl auch für das kommende Jahr Lehrstellen für diese Berufe in Lübeck nicht zu beschaffen sind, so müssen die Eltern und Knaben dringend davor gewarnt werden, ihre Wünsche aufrecht zu erhalten. Die Berufsberatung ist bemüht, Lehrstellen zu verschaffen und hat mit den Lehrlingen dieserhalb Verhandlungen gepflogen. Es wird der Berufsberatung möglich sein, alle Lehrlinge, die sich bei ihr Rat holen, auch in Lehrstellen unterzubringen. Sprechstunden am Dienstag, Mittwoch und Freitag von 12 bis 2 Uhr im Arbeitsamt, Unterstraße 104, Zimmer 104.

Die Beleidigungsklage des Generalleutnants v. Wright gegen den Verwalter Nozport stand am Dienstag vor der Zivilkammer zur Verhandlung. N. der damals Mitglied des Soldatenrates war, soll in einer Wahlversammlung v. W. dadurch beleidigt haben, daß er behauptete, die „Hias“-Spende von 3100 Mk. sei nicht den Bestimmungen entsprechend verwandt worden. Sogar Unterschlagung deutete er an. N. erklärte in der Verhandlung, ihm hätte jegliche Beleidigung fernzulegen. Nachdem er nunmehr genaues Kenntnis von der Sache hätte, könne er seine Behauptungen nicht aufrecht erhalten. Das Gericht schlug vor, der Beklagte solle in allen hiesigen Zeitungen eine Entschuldigung veröffentlichen und sämtliche Kosten tragen, womit N., wie auch der Vertreter des Klägers, sich einverstanden erklärten.

Ein Darlehensschuldner. Zu den berühmtesten Hamburger Darlehensschuldneren zählt vor allem auch ein gewisser Richard Calberaron. Er meldet sich stets auch auf die in den hiesigen Zeitungen erscheinenden Geldpreise und bringt es immer wieder fertig, den Darlehensschuldem Beschlüsse in beträchtlicher Höhe ab-

zuschwindeln. Es wird vor ihm wie vor allen unbekanntem Vorwurfsfirmen dringend gemahnt. Falls man sich bei der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen, hier, Parade 1, über den Ruf der Firmen.

**Verpflichteter Einstellungsanspruch für Schwerbeschädigte.** Nach der Bereinigung vom Januar waren alle öffentlichen und privaten Betriebe, Bureaus und Verwaltungen verpflichtet, auf 25 bis einschließlich 50 insgesamt vorhandene Beamte, Angestellte und Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts mindestens einen Schwerbeschädigten und auf je 50 weitere Arbeitnehmer mindestens einen weiteren Schwerbeschädigten zu beschäftigen. Die besondere Bestimmung, die die Landwirtschaft bisher erfahren hatte, wird beibehalten. Auch für sie gelten also künftig die vorstehenden Ziffern.

**Stiller Schnaps.** Infolge der Einschränkung der Produktion und der großen Verteuerung des Produkts ist der Schnapskonsum erstenscheinlich ganz bedeutend zurückgegangen. Ganz ausgeschlossen ist er aber noch nicht, und anscheinend gibt es Menschen, die aus schmerzlicher Gewinnsucht als Ersatz für Schnaps ein stark wirkendes Gift in den Handel bringen. Der „Reichsanzeiger“ drückt vor kurzem die folgende Warnung: „Der Besondere werden neuerdings Schnaps, Roggmalz, Bittern usw. angeboten, die infolge unverantwortlichen Vorgehens gewissenloser Hersteller den stark giftigen Methylnalohol enthalten. Schwere Schädigungen der Gesundheit, insbesondere Erblindung, sind nach dem Genuß solcher Erzeugnisse bereits beobachtet worden. Es muß dringend vor dem Genuß von Schnapsen, die nicht von zuverlässigen Firmen und von vertrauenswürdigen Händlern herzuführen, gewarnt werden. Trotz Strafandrohungen scheint jetzt der Versuch wieder gemacht zu werden, methylnaloholhaltige Getränke in schäblicher Gewinnsucht auf Kosten von Leben und Gesundheit der Bevölkerung in den Verkehr zu bringen.“ — Am besten schützt man sich vor Vergiftung mit Methylnalohol, wenn man den Schnaps völlig meidet. Bei den abschreckenden Preisen dürfte ein solcher Verzicht nicht sonderlich schwer fallen.

Die Stadtbibliothek (Hundestraße) ist hinfort auch am Mittwoch nachmittags allgemein zugänglich; die Besuchszeiten sind für die Folgezeit dahin festgesetzt: Bücherausgabe: 10—1 Uhr und (außer Sonnabends) 5—7 Uhr; Leseraum: 9—1 Uhr und (außer Sonnabends) 5—7 Uhr. Die Verzug des Bestellens erfolgt für die Vormittags- bzw. Nachmittagsbestellungen um 8½ und um 12 Uhr. Bestellungen von Büchern aus den Büchermagazinen für den Leseraum werden mit zünftigster Beschleunigung erledigt, doch empfiehlt sich dringend die vorherige schriftliche Bestellung zu den Verzugzeiten des Lesens. Weitere Verkehrsveränderungen (allgemein zugängliche Kataloge über neuere vorhandene Literatur und weitere Ausdehnung der Öffnungszeiten, sowie Beschleunigung der Bücherbereitstellung) sind anebenehnt; ihre Durchführung hängt nicht zuletzt von dem Vorhandensein des nötigen Personals ab. Die im Leseraum ausliegenden Zeitschriften zur Bildungspflege und zur Literaturkunde sind vermehrt worden.

**Sanattheater.** Freitag findet das einmalige Gastspiel von Gertrud und Ursula Krake aus Hamburg statt. Die in Lübeck besonders geschätzten Künstlerinnen werden in ihren neuesten Tauschöpfungen (Mozart, Meyer, Beethoven, Grieg, Kreisler, Sibelius) auftreten.

Ermittelte und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Schwarzbuch, der einem in der Völkerrstraße wohnhaften Arbeiter verschiedene Kleidungsstücke gestohlen hatte. Der Festgenommene ist außerdem als Strafanstaltler der Strafanstalt Lauerhof von der Außenarbeit entwichen und wurde dieserhalb flehentlich verfolgt.

**Beleidigunglicher Schneider.** Festgenommen wurde der Schneider August Danzig, der wegen Unterschlagung von der hiesigen Kriminalpolizei gesucht wurde. Danzig hatte in mehreren Fällen von Kunden Stoffe zur Bearbeitung angenommen und hatte sich Arbeitslohn im voraus zahlen lassen. Danzig scheint aber nicht daran gedacht zu haben, seiner Verpflichtung gerecht zu werden, denn er hat die ihm anvertrauten Stoffe zu seinem Vorteil verkauft und die im voraus gezahlten Arbeitslöhne für sich verbraucht.

Ein Messerschlag. Festgenommen wurde ein in der Vorbestraße wohnhafter Schlosser aus Riga wegen gefährlicher Körperverletzung. Der Festgenommene, der Marineuniform trug, geriet am 25. ds. Mts. aus ganz geringfügiger Ursache mit einem in der Siebenten Querstraße wohnhaften Arbeiter und dessen Sohn in Streit, als letztere sich auf dem Wege nach dem Hauptbahnhof befanden. Im Verlauf des Streites brachte der Festgenommene seinem Widersacher einen gefährlichen Messerschlag in den Rücken bei. Der Schwerverletzte, der sich heute noch in Lebensgefahr befindet, mußte sofort dem Allgemeinen Krankenhaus zugeführt werden.

## Angrenzende Gebiete.

**Hamburg.** Für die Wiedereinführung der Altkorarbeit sprach sich eine Versammlung der Gewerkschaftsvorstände und Kartelldelegierten aus. — Die Hamburg-Altkorarbeiter Buchdrucker nahmen nach einem Vortrag ihres Vorstandsvorsitzenden Seif eine Entschlieung an, nach der der Zentralvorstand ersucht wird, infolge der fortgesetzten Steigerung aller Preise für den idealischen Bedarf unverzüglich Schritte zu unternehmen, damit die Löhne mit den zurzeit geltenden Lebensverhältnissen in Einklang gebracht werden. — Für Wilhelm Schug wurde in Hamburg eine Ortsgruppe deutscher Männer und Frauen gegründet die fleißig Beitrag zahlte. Die am den Erklärer Besorgten haben alle entschieden Bech. Der Gründer dieser Monarchenarbeiter hat die Gelder der 10 000 Mitglieder unterschlagen und ist verurteilt, nachdem er sich mehrere Bräute angehehnen Hamburger und Bremer Familien angeschafft hatte. Der Hochapler legte sich hochflingende Plamen zu, trat auch als Offizier auf, und da finden sich immer beiratungsfähige Damen, deren Väter einen großen Geldsack besitzen. Die Gestrehten sind nicht zu bedauern. Zu der Entlarvung des „Hofnarr“-Schwindlers Salomon, der durch Witz die Monarchie wieder errichten wollte und dabei 20 000 Gläubiger fand, denen er 164 000 Mk. abknöpfte, ist die Entlarvung dieses zweiten famosen Gründers ein würdiges Seitenstück. Von ihrem Wahn kurieren wird diese Gesellschaft aber doch nicht.

**Kiel.** Raubmordversuch am Heikendorfer Strand. Seit längerer Zeit wurden Salvarianische Diebe von der Militärpolizei Kiel des Reichsgerichtsamters beobachtet. Man stellte fest, daß ein größeres Quantum Salvarian von Heikendorf aus verschoben werden sollte. Der Käufer begab sich nach dem Strandhotel Heikendorf, um den Kauf entgeltlich abzuschließen und die Ware zu übernehmen. Nachdem sich die Käufer und Verkäufer geeinigt hatten, gingen sie zum Strand des Heikendorfer Strand entlang. Hier überfielen die Verkäufer den Käufer und stießen ihn durch einen Schuß nieder. Nachdem sie dem Überfallenen noch mehrere Hammerschläge versetzt hatten, verließen sie, ihm den Verkaufspreis in Höhe von 165 000 Mark zu rauben, was durch einen Zufall verhindert wurde. Die Räuber wurden verhaftet.

**Bremen.** Ein Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bezirk Nord-West tagte hier vom 24. bis 25. Oktober. Von Hamburg waren anwesend die Genossen Stube und Leuterich, vom Parteivorstand Genosse Wollensbühler-Berlin. Letzterer hielt ein vorzügliches Referat über die politische Lage und wies in überzeugender Weise auf die Wege hin, die die Partei einschlagen müsse. Eine lebhafteste Diskussion führte zur Annahme zweier Entschlieungen, die vom Genossen Birbaum eingebracht waren. Die eine richtet sich gegen den freien Handel. Die andere

spricht sich für eine Unterstützung der Bestrebungen Soldaten aus in bezug auf die Einheit der Partei. — Des weitern erledigte der Parteitag ein neues Organisationsstatut für den Bezirk und legte damit die Grundlage für neue Ausschließungsarbeiten. — Der Geschäftsbericht ließ erkennen, daß die Mitgliederzahl von vor dem Kriege trotz der Ausschlüsselungen in unserem Bezirk schon längst wieder erreicht ist. Die Diskussion über den alten Mut wieder aufleben und stellte die Notwendigkeit positiver Arbeit wieder in den Vordergrund.

**Oldenburg.** Molkeprojekt des Konsumvereins. An der Osterstraße soll eine neue Molkeerei errichtet werden, die es als erste Aufgabe betrachtet, vollkommen einwandfreie Milch zu liefern. Die Molkeerei bringt in das Verfahren der Behandlung der Milch völlig neue Wege. Die Milch wird in Metallflaschen mit Innenverzinnung, die nach neuem Ausprüfverfahren erneuert werden kann, gefüllt und wird in diesen Flaschen einer Dauererhitzung von 65 Grad während 30 Minuten ausgesetzt und nach der Keimfreimachung wieder abgekühlt. Die Flaschen werden dann plombiert und kommen zum Verkauf an die Verteilungstellen, von wo aus sie an das Publikum abgegeben werden, ohne daß es möglich ist, eine Verfälschung oder sonstige Veränderung der Milch vorzunehmen. Dieses Verfahren, das als Degermationsmilchbezeichnung bezeichnet wird, gilt als die heute beste Art der Milchherstellung, weil jede Verunreinigung oder Verfälschung der Milch so gut wie ausgeschlossen ist. Beim Abholen der Milch findet ein Umschichten der Flaschen statt, die dann in der Molkeerei gereinigt und von neuem mit Milch gefüllt und dann sterilisiert wird. Mit der Molkeerei ist ein chemisches Laboratorium verbunden, so daß die angelieferte Milch unter ständiger chemischer Kontrolle steht.

## Neueste Nachrichten.

**Die Entente spielt wieder mit dem Frieden.** II. Kopenhagen, 30. Oktober. Im englischen Unterhaus hat gestern Bonar Law mitgeteilt, daß die Ratifizierung des Friedens nicht vor Februar oder März nächsten Jahres stattfinden werde.

**Die deutsche Antwortnote abgegangen.** II. Berlin, 30. Oktober. Die deutsche Antwortnote auf die Aufforderung der Entente an der Blockade der Sowjet-Rußlands teilzunehmen, ist gestern nachmittags abgegangen. Sie wird veröffentlicht werden, sobald sie übergeben ist.

**Vor einem neuen großen Ausstande.** II. Berlin, 30. Oktober. Wieder droht ein neuer Ausstand in Berlin. Die Fünfschnecker-Kommission veröffentlicht in der „Freiheit“ einen Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Metallindustrie, wonach die Verhandlungen völlig gescheitert sind. Die Schuld wird den Unternehmern zugeschoben. Es wird vorgeschlagen, Kommissionen zu wählen, die den Parteileitungen Bericht über die Lage erstatten sollen. Verlangt wird die sofortige Proklamierung des allgemeinen Ausstandes, um den Anschlag auf die Grundrechte der Arbeiter abzuwehren. Die Kommissionen sollen die Verhandlungen sofort aufnehmen.

**Eine neue französische Gewalttat im Saarrevier.** II. Berlin, 30. Oktober. Die Tochter eines Grubenbeamten im Saarrevier ist von französischen Soldaten in roher Weise verungewaltigt und so zugerichtet worden, daß sie alsbald starb.

**Einzug der deutschen Parteien in Posen.** II. Graudenz, 30. Oktober. Die vier deutschen bürgerlichen Parteien in Posen lösten ihre alten Parteileitungen auf und gründeten unter dem Namen „Deutsche Partei“ eine neue Partei, um bei wichtigen Wahlen geschlossen auftreten zu können.

**Reichswehrtruppen im Kreise Schmalkalden.** II. Schmalkalden, 30. Oktober. Wegen neuer Unruhen sind gestern Reichswehrtruppen in die Hauptort des Kreises Schmalkalden eingerückt und haben die Bevölkerung zur Waffenablieferung aufgefordert. Zu ersten Zusammenstößen mit den Truppen ist es nirgends gekommen. Teilweise wurde der Besatzungsstand verhängt.

**Verhaftungen wegen Landfriedensbruchs.** II. Eiberfeld, 30. Oktober. Der Vorsitzende des Bundes der rheinischen Kriegsbeschädigten, Schmalz, wurde wegen versuchten Landfriedensbruchs in Voruntersuchung genommen. Eine Anzahl der Beteiligten wurde ebenfalls wegen der Stilllegung der Straßenbahnen und der Schwelbahn verhaftet. Die Ruhe wurde durch das energische Eingreifen der Polizei wieder hergestellt. Den Kriegsbeschädigten wurde eine einmalige Beihilfe von 1000 Mk. für Verheiratete, 600 Mk. für Ledige und 200 Mk. für Kinder gewährt.

**Streit.** II. Augsburg, 30. Oktober. Sämtliche Arbeiter der großen Nähfabriken Schüster und Göggingen sind wegen Tarifstreitigkeiten in den Ausstand getreten.

**Verhaftung des Vorstandes des holländischen Zentralausführungsausschusses.** II. Warschau, 30. Oktober. Die Gendarmerie verhaftete auf dem Brester Bahnhof den Vorstand des Zentralausführungsausschusses der Holländischen in Warschau namens Palubow. Wie die „Telegraphen-Union“ erzählt, war es Palubow, der seinerzeit befehligte, 18 Offiziere zu ertränken. Bei dem Verhafteten fand man 1½ Millionen Rubel. Auf Grund von vorgefundenen Dokumenten liegt der Verdacht vor, daß er von den kommunistischen Behörden nach Polen geschickt wurde, um die plamwichtige holländische Arbeit zu organisieren.

**Ein Urteil über den Völkerverbund.** II. Amsterdam, 30. Oktober. „Manchester Guardian“ meldet, daß der Herzog von Northumberland in einem in Cambridge gehaltenen Rede erklärte, der Völkerverbund sei weder auf einer ethischen, noch auf moralischer oder religiöser Grundlage aufgebaut. Die vom Wiener Kongreß erzielte Verständigung sei in keiner Hinsicht verderblicher gewesen, als das Ergebnis der Versailler Konferenz. Des einzigen Unterschied sei, daß der Versailler Kongreß ethisch gewesen sei.

**Die internationale Arbeiterkonferenz.** II. Aus dem Haag, 30. Oktober. Die internationale Arbeiterkonferenz wurde Mittwoch in Washington eröffnet, ohne daß die Vereinigten Staaten, die sie doch einberufen haben, dazu vertreten sind. Dies ist bekanntlich auf die Weigerung des Kongresses zurückzuführen, einen amerikanischen Vertreter zu ernennen, bevor der Friedensvertrag durch Amerika ratifiziert ist. Die finanzielle Unterstützung der Konferenz durch die Vereinigten Staaten ist in Frage gestellt, da der Senat die von Wilson geforderten 200 000 Dollar auf 73 000 Dollar zurückgeschoben hat, dabei so knappe Bestimmungen über die Verwendung des Geldes vorgezogen hat, daß dadurch die Verwendung des Geldes praktisch unbrauchbar wird.

**Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.** Verlag: Th. Schwart, Druck: Friedrich Meyer & Co. in Lübeck.







## Ein neues Einigungsprogramm.

Die Zentralkommission zur Einigung der Sozialdemokratie hat in diesen Tagen das wichtigste Stück ihrer Arbeit fertiggestellt: sie hat ein Einigungsprogramm zustande gebracht. Dieses Einigungsprogramm wird zweifellos in weiten Arbeiterkreisen lebhaft Zustimmung finden, und sowohl „Freiheit“ wie „Vorwärts“ haben es mit schonender Rücksicht besprochen. Es enthält tatsächlich eine Fülle von Punkten, die allgemeinen Beifalles sicher sein können und hat in allen Streitfragen die populärste Lösung angenommen.

Die neue sozialistische Einigung soll sich auf der Grundlage der Anerkennung der Demokratie vollziehen. Der Wille des ganzen Volkes, nicht die Diktatur einer Minderheit, soll über das künftige Schicksal des deutschen Volkes entscheiden. Damit ist der grundsätzliche Standpunkt des Erfurter Programms aufrechterhalten und der Mehrheitspartei im allerwichtigsten Streitgegenstand recht gegeben. Auf der anderen Seite sollen die Arbeiterräte das Recht der Initiative bei Gesetzesvorschlägen haben, und im Falle, daß sie eine von der Nationalversammlung oder dem Reichstag abweichende Meinung vertreten, das Recht haben, eine Volksabstimmung herbeizuführen. Des weiteren soll sich die geeinigte sozialistische Partei grundsätzlich verpflichten, keine Koalition und Kompromisse mit bürgerlichen Parteien abzuschließen. Soweit es ihr nicht selbst genügt, auf demokratischem Wege die Mehrheit zu erlangen, und damit die Macht für das Proletariat zu übernehmen, soll sie sich der Teilnahme an der Regierung enthalten und in der Opposition verharren. Endlich soll der Geist des Militarismus im Inneren und Neuhören rücksichtslos bekämpft und unterdrückt werden.

Mit diesem Einigungsprogramm wird die Einigungszentrale, wenn wir uns nicht sehr täuschen, starke Verankerungserfolge erzielen: Demokratie, Sicherung der politischen Rechte der Arbeiterräte, keine Kompromisse, keinen Militarismus — es ist wirklich das, was all den Arbeitern gefallen wird, die ehrlich der proletarischen Sache dienen, ohne daß sie deshalb doch besonders tief über politische Fragen und soziale Entwicklungskursen nachgedacht hätten.

Da ist z. B. der Kampf gegen den Militarismus. Jeder Sozialdemokrat will ihn führen. Wird das Programm der Einigungszentrale von allen Arbeitern angenommen, dann können wir ihn in der inneren Politik restlos ausführen. Aber die Genossen von der Einigungszentrale werden immerhin zugeben müssen, daß eine Befreiung aller besser, die mit Gewalt die Herrschaft einer Minderheit aufzurichten wollen, auf einen Schlag nicht recht wahrscheinlich ist. Wie aber wollen sie die Demokratie schützen, wenn eine Minderheit den Terror und die Diktatur verübt? Da gibt es kein anderes Mittel als das Militär. Gegen Diktaturgefühle und Vergewaltigungsabsichten im Staat können auch der Demokratie nur Soldaten helfen. Solange die Demokratie im Volksbewußtsein nicht eine Selbstverständlichkeit geworden ist, solange kann sie nur leben, als demokratische Militanz, als kämpfende, als militärische Demokratie.

Und wie steht es politisch mit den Kompromissen, mit der Koalitionsregierung von Sozialdemokraten und Bürgerlichen? So lange wir selbst nicht die Mehrheit haben, sollen wir die Koalitionsregierung verweigern. Gut! Aber die Demokraten haben auch keine Mehrheit und das Zentrum auch nicht. Die Deutschnationalen auch nicht. Jede dieser Gruppen weigert sich, mitzugeregieren, so lange sie nicht allein die Mehrheit hat. Die Demokraten denken gar nicht daran, sich mit den Deutschnationalen in eine Regierung zu setzen, und die Deutschnationalen weisen es weit von sich, mit den Herren vom „Berliner Tageblatt“ einen neuen Bündnisblock zu bilden. Das Zentrum will nur regieren, wenn es allein die Mehrheit hat — in die Verlegenheit wird es ja wohl in Deutschland nicht kommen. Sonst nur mit der Sozialdemokratie zusammen. Das Zentrum denkt nicht daran, sich die Regierungslast aufzupacken und uns die bequeme Rolle der Opposition zu gönnen. Das Rezept der Einigungszentrale würde also bedeuten, daß sich überhaupt keine parlamentarische Regierung in Deutschland bilden läßt, und das wäre der Tod der deutschen Demokratie. Man kann nicht zugleich die Demokratie als Grundlage predigen und sie durch die angehängten Bedingungen in den Bankrott hegen.

So bleibt das Programm der Einigungszentrale ein ebenso edler Gedanke, wie eine völlige politische Unmöglichkeit. Nachdem die Einigungsmänner der S. P. D. und U. S. P. D. die sozialdemokratischen Grundzüge wieder ausgerichtet haben, wird ihnen nichts anderes übrig bleiben, als auch unsere Taktik gutzuheißen. Wir sind nicht den schönsten Weg gegangen — Prinzip und Phantasie wissen viel schönere Wege. Aber wir sind den einzigen Weg gegangen, der überhaupt gangbar ist, den einzigen Weg, auf dem Deutschland vor dem Chaos und dem Hungertode von Millionen gerettet werden konnte. Und auf dem Wege müssen wir bleiben.

## Beinahe-Politiker.

Von Zeit zu Zeit spürt irgend ein alldeutsches Blatt das geradezu rührende Bedürfnis, zu beweisen, daß wir den Krieg beinahe einmal dann oder dann gewonnen hätten. Natürlich immer mit dem Hintergedanken: Nur die Revolution ist daran schuld, daß aus dem beinahe keine Wirklichkeit geworden ist.

Diesmal ist es die „Tägliche Rundschau“, die das Beinahe-Beispiel von neuem beginnt. In der Kriegserinnerung des amerikanischen Admirals Sims hat sie ein Gespräch aus dem Mai 1917 entdeckt, das Sims mit dem englischen Admiral Jellicoe hatte. Jellicoe erklärte, wenn die bisherigen Verluste durch den U-Boot-Krieg andauerten, sei es England unmöglich, den Krieg weiterzuführen, und aus den von Jellicoe genannten Versenkungsziffern konnte Sims selber entnehmen, daß beim Anhalten dieser Verluste die Kraft der Alliierten am 1. November 1917 erschöpft sein würde. In England sei die Stimmung schlecht gewesen. Nur Lloyd George habe niemals Mutlosigkeit gezeigt, sondern die volle Siegeszuversicht behauptet.

Kun, und was beweist das Alles? Der U-Boot-Krieg ist nach dieser Unterredung nach sechzehn Monate fortgeführt worden und hat doch keinen Erfolg gezeitigt. Tatsache ist, daß im April 1917 die Versenkungsziffern so hoch waren, daß sie in England größte Besorgnis erregten, nämlich für den Fall, daß das Tempo der Versenkungen in dieser Weise anhält. Es hat aber nicht angehalten. Nur dieser eine Monat war den Alliierten gefährlich. Schon im folgenden nahm die Versenkungsziffer stark ab und ging dann immer weiter zurück. Es ist also in keiner Weise wahr, daß Deutschland durch den U-Boot-Krieg beinahe gesiegt hätte. Wahr ist nur, daß es einen Augenblick so scheinen konnte, als ob die Möglichkeit eines deutschen U-Boot-Sieges bestände. Für diesen Schein weniger Wachen hat Deutschland mit dem Verlust des Krieges und dem Vernichtungsfrieden von Versailles bezahlen müssen, während nach der Zeugnisaussage Bernstorffs bei Unterlassung des U-Boot-Krieges und Nichteintritt Amerikas in den Krieg ein Vergleichsfriede sicher war.

## Die „neuen Armen“.

O.K. Die Umschichtung der Gesellschaftsklassen, die durch den Krieg hervorgerufen worden ist, hat einen neuen Stand entstehen lassen: die „neuen Armen“. Es sind das jene Berufe, die im Gegensatz zu den „alten Reichen“, die die Kriegskostentragung zu Reichtum und Luxus emporhob, durch die Umwälzung der Verhältnisse aus gehäufeter Lage in schweren Existenzkampf gestürzt wurden. Während von dem Kriegsgewinnler seit langem viel gesprochen wird, ist bisher von den durch den Krieg Verarmten weniger die Rede gewesen. In der englischen Presse aber beschäftigt man sich seit einiger Zeit immer eingehender mit jenen „neuen Armen“, die unter der hohen Einkommensteuer besonders zu leiden haben. Es vergeht kein Tag, wo nicht Zuschriften und Klagen dieser Deklassierten veröffentlicht werden, und man bekommt daraus ein anschauliches Bild von dieser neuen Bedrückungskategorie. Der Anfang mit der Erörterung dieser Frage machte ein bekannter englischer Schriftsteller Phillips Oppenheim mit einem Aufsatz, in dem er berechnete, daß er mit seinem Einkommen von 4000 Pfund nicht weiter leben könne. Da er seine Einkünfte nicht vergrößern könne, sei er gezwungen, „entweder bankrott zu machen oder sein Leben unter ganz veränderten Bedingungen von neuem zu beginnen“. Er könne bei der großen Teuerung das bisher von ihm bewohnte Einfamilienhaus sowie die dazu notwendigen Dienstmädchen nicht mehr unterhalten, also müßte er eine neue

Wohnung suchen, die er bei der Wohnungsnot nicht finde, und so lebe er in dem Zustand des Armen, der einen allzu weiten Mantel tragen muß, weil er kein Geld hat, ihn sich enger machen zu lassen. Ähnlich äußern sich die Vertreter anderer Berufe, Lehrer, Ärzte, Rechtsanwält, Künstler und vor allem Rentiers und Pensionäre. Diese Klassen sind bei der Neuverteilung der Güter nach dem Kriege zu spät gekommen. Die Arbeiter haben durch Streiks ihre Lohnverhältnisse durchgesetzt; Kaufleute und Fabrikanten haben durchgehends im Kriege gut verdient und verdienen noch weiter. Aber die zahllosen Tausende aus dem Mittelstande, die früher behaglich lebten, sind nun plötzlich an die Grenze der Armut geschleudert. Zuschriften aus bürgerlichen Verhältnissen schildern, wie der Fleischer und Bäcker immer reicher werden und sich Automobile halten, während der Arzt seinen Wagen aufgeben und mit dem Zweirad seine entfernten Patienten besuchen muß. Besonders schwer ist die Lage der Geistlichen. In Tausenden von evangelischen Pfarrhäusern herrscht bittere Not. Das Einkommen des Pastors ist geringer als das seines Nachbarn, des Maurers, und dabei soll er noch gut angezogen sein, bei allen Wohlthatigkeitsfällen an der Spitze stehen und die Würde seines Standes wahren. „Wir haben nicht mehr genug zu essen und werden bald in Lumpen gehen“, so schreibt ein Geistlicher. Nicht weniger schlimm sind die pensionierten Beamten daran und die alten Jungfern, die ihr ganzes Vermögen für die Kriegsanleihe dahingegeben haben und jetzt Not leiden. Wie man selbst mit einem verhältnismäßig großen Einkommen in England unter gegenwärtigen Verhältnissen ein armer Mann sein kann, beweist das Haushaltsbuch eines Familienvaters, der mit seiner Frau und vier Kindern ein Einkommen von 1290 Pfund hat. Da er keine kleinere Wohnung finden kann, so muß er allein an Ausgaben, die nicht Nahrung und Kleidung umfassen, 1112 Pfund ausgeben, darunter 480 Pfund für die Schulbildung seiner Kinder, 280 Pfund Einkommensteuer, 260 Pfund für Kleinigkeiten, so daß ihm nur noch für des Lebens Notdurft 178 Pfund übrig bleiben. Eine billigere Wohnung zu finden und dadurch seinen Haushalt einschränken zu können, ist ihm nicht möglich.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### So sind die Militaristen überall.

Im Anschluß an einen Artikel des „Avanti“, der schreibt, wie die italienischen Militärs in Dalmatien Rundgebungen für den Anschluß an Italien fabriziert haben, sagt die „Deutsche Tageszeitung“:

Die Methoden der Militaristen und Anexionisten aller Länder sind überall die gleichen. Die Franzosen im Rheinland haben sich der Dörten, Klingelshmidt, Liebzig, Krämer usw. bedient und dann nach Frankreich berichtet, sie hätten dieselbe „große Volksbewegung völlig neutral“ gegenüber.

Sie bricht die „Deutsche Tageszeitung“ plötzlich ab. Sie hätte fortfahren sollen, daß die deutschen Militaristen und Anexionisten nach genau demselben Rezept, wie die Italiener in Dalmatien oder die Franzosen im besetzten Gebiet, ihrerseits bei den Flamen, im Baltikum, in Litauen und in Polen gearbeitet haben. Denn wie die „Deutsche Tageszeitung“ sehr treffend sagt: „Die Methoden der Militaristen und Anexionisten aller Länder sind überall die gleichen.“

#### Der Aufbauminister.

Ueber die Persönlichkeit des neuernannten Ministers für den Wiederaufbau Dr. Otto Geßler erfahren die „P. B. N.“: Geßler ist am 6. Februar 1875 zu Ludwigsburg als Sohn eines Verwalters geboren. Er besuchte das Gymnasium in Dillingen und studierte in Erlangen, Tübingen und Leipzig die Rechte. Nach einjährigem Dienst im bayerischen Justizministerium wurde Dr. Geßler im Mai 1905 zum dritten Staatsanwalt beim Landgericht in Straubing ernannt. Im November desselben Jahres wurde er als Gewerbeinspektor nach München berufen und dann am 12. Dezember 1910 zum Bürgermeister von Regensburg gewählt. Am 10. Dezember 1913 erfolgte seine Wahl zum Oberbürgermeister der Stadt Regensburg. Während seiner Tätigkeit in Nürnberg erblickte er in der Neuordnung des Finanzwesens eine seiner Hauptaufgaben. Großes Interesse wandte er auch dem Verkehrsweesen der Stadt zu. Außerdem war es stets seine Bestrebung, die städtischen Werke auf die höchste Leistungsfähigkeit zu bringen. Die Art, wie Dr. Geßler diese Aufgaben erledigte, geben die folgenden

## Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Segeler.

24. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

VII.

Wenn Horstmann in diesem letzten halben Jahr auch manches Schmerzliche erlebt hatte, so war ihm doch nicht zum Bewußtsein gekommen, wie es eigentlich um seine Ehe stand. Er gehörte zu den einfachen, tiefgründigen Naturen, die langsam begreifen, belernen viele Eindrücke unter der Schwelle des Bewußtseins bleiben, als dumpfes Unbehagen, als quälender Schmerz, nagende Angst, ohne daß der Verstand sie ans Licht zieht und sich so ein zusammenhängendes Bild von ihnen schafft. Bei solchen Leuten häuft sich der Groll sehr hoch an, während sie äußerlich ruhig bleiben, bis plötzlich das Gewitter losbricht. Dann kommen sie in ein jähliches böses Rausen, aus ihrem Innern steigen alte, scheinbar längst vergessene Schmerzen, längst vergangene Händel auf, und mit einem Male nehmen sie Rache für lange Zeit.

An seiner Langmut hatte auch noch der Umstand schuld, daß den Hauptteil seiner Gedanken und Sorgen die Arbeit in Anspruch nahm. Wohl machte er sich manchmal, wenn er abends allein in seiner Mühle saß, Gedanken über seine Ehe und lagte sich, daß Wandel geschafft werden müsse. Wenn die Brücke fertig war, wollte er sich Ruhe gönnen und sich mehr seiner Häuslichkeit widmen. Sie würden dann einfacher leben. Auch nahm er sich vor, sein tadelloser Lottie aus Eisenach kommen zu lassen. Er hätte zwar kein innerliches Verhältnis zu dem Kind, doch machte es ihm Gewissensbisse, daß sie ohne Grund das Vaterhaus entbehren sollte.

Aber diese Pläne schob er hinaus für später, lässig und schwach in allen anderen Dingen und nur stark in dem einen: im Geben an sein Werk.

Anfang Juni wurde das letzte Schlußstück am Bogen eingegiebt. Die Brücke stand fertig da, und allen, die vom Bau waren, wurde ein Richtfest gegeben. Es war eine wahre Familienfeier. Zwei Jahre hatten die Menschen in diesem stillen Gehirgatal zusammen gehaust, Strapazen, Gefahren und die Freude am gelingenden Werk mit einander geteilt — nun wollten sie bald auseinanderziehen und sich in die vier Winde zerstreuen. Das freute über den Festjubiläum eine beinahe wehmütige und herzliche Stimmung.

Zurwärtige Ingenieure waren angekommen. Horstmann war der Gegenstand vieler Huldigungen. Er genoß jetzt schon den Vorzug der eigentlichen Festlichkeiten, die zwei Wochen später bei Eröffnung der neuen Bahnlinie stattfinden sollten. Der Künstler für öffentliche Arbeiten, der Oberpräsident, die

Landräte der Umgegend, die Bürgermeister der Nachbarstädte hatten ihr Erscheinen zugesagt, und man sprach von großen Ehrungen, die dem fähigen Baumeister zu teil werden sollten. Man neckte ihn mit dem Orden, den er bekommen würde, man erzählte als gewiß, daß unter der Hand bei ihm angefragt sei, ob er geneigt wäre, in den Staatsdienst einzutreten. Horstmann war für diese Dinge sehr empfänglich. In diesem Punkt war er ganz der dunkle Emporkömmling, der nicht mit dem Bewußtsein der eigenen Größe zufrieden ist, sondern seine Macht auch durch äußere Ehren bestärken will.

Auf halber Höhe des Berges hatte ein ingenieurer Unternehmer ein großes Restaurant erbaut, in der Hoffnung auf die Ausflügler aus den Nachbarstädten, die schon während des Baues in Scharen herbeigekommen waren.

In diesem Restaurant saß der ausgewählte Teil der Gesellschaft, während für die Arbeiter im Talگرد ein Kantinenbetrieb war. Anna war mit ihrer Schwester, Dehnsch und Bert herübergekommen, und zeigte sich ihrem Mann gegenüber, der heut der Mittelpunkt des Festes war, in der ganzen Liebessüchtheit, die sie aufbieten konnte.

Der Direktor des Eisenwerkes hielt eine begeisterte Rede auf Horstmann, feierte ihn als den klügsten, unternehmendsten Baumeister, dergleichen weder Amerika, noch die Schweiz, noch irgend ein anderes Land besäße. Jeder, der an dem Werke mitgeholfen hatte, schloß sich durch diese Worte mitgehört und gönnte dem Baumeister das Lob. Dazu hatte man bei der Hitze schon getrunken, und der Saft lag jetzt seine Wirkung in erhöhtem Maß. Ein ungeheurer Jubel brach los. Als Horstmann antworten wollte, konnte er nur wenige Worte hervorbringen, seine Stimme war von Tränen erstickt.

Er fühlte sich wie im Traum, wie emporgehoben auf eine ungeachtete Höhe; kein ganzes bisheriges Leben lag in tiefen Abgründen unter ihm. Seine Herz pochte in immer härteren Schlägen, feberhaft und ängstlich, im Gefühl, daß dieses Uebermaß von Glück keine Brust aueinanderprengen würde. Aber das Glück steigerte sich noch! Als die Hurras, die seinem Namen galten, und die unter im Tal ein piepsartiges, heiseres Geco hernorziefen, verlungen waren, schlang seine Frau unter dem Jubel aller ihre Arme um seinen Hals und küßte ihn.

Er mußte seine ganze Willenskraft aufbieten, um die innere Bewegung nicht zu verraten. In diesem Augenblick wünschte er beinahe das Unglück herbei, damit er aus dem Taumel wieder zur Besinnung käme. Und das Gesicht erfüllte diesen leichtsinnigen Wunsch einer Sekunde auf eine grauenvolle Weise. Mitten in der Festesjubel klang eine Schreckensnachricht hinein, die nur halb kundgegeben, doch alle Gesichter erbleichen ließ.

Aus aller Welt waren Telegramme geschickt, die gegen Ende der Nacht verlesen wurden. Mit derselben weinlichen, schreienden Stimme, mit der der Leser die Glückwünsche heruntergelesen hatte, verkündete er, daß in Segedin ein furchtbares Eisenbahnunglück geschehen war. Die Brücke war zusammengefallen, und der Zug in die Tiefe hinabgestürzt. Die Zahl der Toten ...

Der Tod selbst mußte mit seiner grauen Gestalt unter dem Wein und Jubel heraufsteigen, ehe sie zur Bestimmung kam.

Der Ingenieur selbst war der letzte, der begriff. Er ging hinaus, um die Depesche in Ruhe zu lesen. Es war ein furchtbares Unglück geschehen; die Zahl der Toten belief sich auf fünfzig. Aber was ging ihn das an? ... Man rief ihn her. Warum? Die Brücke war von ihm erbaut, eine seiner letzten Arbeiten, die er ausgeführt hatte. Wollte man ihm die Schuld geben? Wollte man den Einsturz mit einem Fehler, mit einer Veräumnis von seiner Seite in Zusammenhang bringen?

Er geriet das Telegramm und warf die Fesseln auf die Erde, als wenn er damit auch den Vorwurf, womit man ihm drohte, zerreißen und von sich werfen könnte. Aber der Vorwurf blieb in seiner Brust, und aus keinem Innern richtete sich die Anklage gegen ihn: er hatte leichtsinnig gebaut! Gerade bei dieser Brücke, die er vor Lovesschluf bis zur festgesetzten Frist fertig stellen mußte, hatte er in der Ueberhaft weder das Material richtig geprüft, noch sich um die Ausführung der einzelnen Teile gekümmert. Sie war gar nicht eigentlich sein Werk, sondern das eines Menschen, den er später wegen Betrügereien fortgesetzt hatte. Aber was ging ihn das jetzt noch an? Man hatte sie nach der Vollendung geprüft und für gut befunden. Sie hatte jahrelang gehalten, seine Haftpflicht war abgelaufen; was wollte man denn jetzt noch von ihm?

Aber dann klang in ihm: Fünfzig Tote! Fünfzig Menschen, die durch seinen Leichtsinns umgekommen waren! Er schüttelte sich, während er brüthen in den Fluß hinabschaute, dessen schwarze Wellen im nächtlichen Dunkel murmelten und raunten. So floßen auch die Wellen hin über die Toten, die in der Tiefe ertrunken waren. So murmelte und raunte auch dort das Wasser. Wie sie wohl aussehen mochten, diese fünfzig Leichname, die in den Waggons wie in Särgen eingeschlossen waren? Schrecklich als seine Phantasie es sich vorstellte, konnte das Bild nicht fern.

Er beschloß hinzureisen. Es schien ihm, wenn er sich durch eigenen Augenschein von dem Unglück überzeuge, würde es weniger grauenvoll sein.

Seiner Frau ein paar Zeilen hinterlassend, fuhr er nach Düsseldorf und reiste in der Nacht noch nach Wien.

Fortsetzung folgt.



Wieder in seine jährliche Sitzung zum Minister des Inneren... Dr. Gehler hat sich stets als ein Mann des praktischen Lebens erwiesen.

Die „unabhängige“ Warnung vor Illusionspolitik.

Auf dem Landesparteitag der „Unabhängigen“ Bayern in München erklärte der Vorsitzende Dr. Freund, daß die wichtigste Aufgabe der Partei sei, die Vorarbeit für die kommenden Wahlen zu erledigen.

Der Leipziger Arbeiterrat und die Ansiedlung in Rußland.

Der Arbeiterrat zu Leipzig gibt bekannt: „Deutsche Kolonisten in Rußland.“ Die deutsche Presse verbreitete eine gleichnamige Fiktion und behauptet: der Arbeiterrat Leipzig verhandle mit der russischen Regierung, um deutsche Arbeiter in Rußland anzusiedeln.

Freilassung Jenkins.

Der amerikanische Konsularattaché William Jenkins, der von mexikanischen Banditen in Puebla gefangen genommen worden war, ist wieder freigelassen worden.

Ein weiblicher Stadtrat.

Bei den Stadtratswahlen in Frankfurt a. M. wurde als erste Frau unsere Genossin Dr. Quark-Hammer-Sieg als Stadträtin gewählt.

Verbot von Versammlungen für den 9. November in Bayern.

Das Reichswehrkommando Nr. 4 in München hat für den 9. November alle Versammlungen unter freiem Himmel. Umzüge und Demonstrationen verboten.

Schweiz.

Die Nationalratswahlen.

Die Wahlen für den Nationalrat, die zum ersten Mal nach dem Verhältniswahlgesetz stattfanden, zeigen folgendes, wahrscheinlich endgültig bleibendes Ergebnis: Freisinnig-demokratische Partei 63 Sitze, bisher 108, katholisch-konservative Partei 42 (42), Sozialdemokraten 39 (40), Bauernpartei 28 (0), liberal-demokratische Partei 9 (11), antisemitische Demokraten 4 (4), Grünliker 3 (3), fortschrittliche Bürgerpartei Basel 1 (1), evangelische Partei 1 (0). Platten ist nicht wieder gewählt worden.

Vereinigte Staaten.

Erste Unruhen in Brooklyn.

Der „Telegraph“ berichtet aus New York: In Brooklyn haben erste Unruhen anlässlich der Wiederaufnahme der Arbeit durch einen Teil der Dockarbeiter stattgefunden.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 30. Oktober.

November-Programme der „Freien Jugend“. Freitags 7 bis 7 1/2 Uhr: „Anfangabend.“ Leitung Gen. Lehrer Lüth.

- 2. Nov. Sonntag: Märchenabend im Heim.
7. Nov. Mittwoch: 1. „Sons-Abend“. Leiter Gen. Schermer.
9. Nov. Sonntag: Streifzug durch das Lauerholz. Ab 2 Uhr Selbstplatz. Abends: Resolutionsfeier.
12. Nov. Mittwoch: 2. „Sons-Abend“. Leiter Gen. Schermer.
14. Nov. Sonntag: Beschäftigung der Jünger Genin II. Ab 8 Uhr Bühnenstücke. Abends: Gemütliches Beisammensein im Heim.
18. Nov. Mittwoch: Liebesabend.
19. Nov. Sonntag: Schnitztag durch die Paltiner Heide. Ab 1 1/2 Uhr Kaffeebrüde. Abends: Gesellschaftsspiele im Heim.
24. Nov. Mittwoch: Vortrag des Gen. H. Puls: „Das Genossenschaftswesen und seine Bedeutung.“
28. Nov. Sonntag: Monatsbesprechung. Jugendheim: Bahnhofsstraße 58 II.

Abteilung Marii.

- 2. Nov. Sonntag: Dichtabend im Heim.
7. Nov. Mittwoch: Vortrag des Gen. Lüth: „Luthiges aus vaterländischen Dichtwerken.“
9. Nov. Sonntag: Resolutionsfeier.
12. Nov. Mittwoch: Disziplinsabend.
14. Nov. Sonntag: Unterhaltungsabend im Heim.
18. Nov. Mittwoch: 1. „Sons-Abend“. Leiter Gen. Schermer.
21. Nov. Sonntag: Spiele im Heim.
24. Nov. Mittwoch: 2. „Sons-Abend“. Leiter Gen. Schermer.
28. Nov. Sonntag: Monatsbesprechung. Jugendheim: II. Et. Gertrudstraße. Die Wanderungen und Beschäftigungen finden von beiden Abteilungen getrennt statt.

Rückgabe von Gegenständen, die aus den von deutschen Truppen besetzten Gebieten kommen. Die Russen sind verpflichtet, diese Gegenstände zurückzugeben.

bestimmter Arten von Gegenständen, wie Gelder, Wertpapiere, Kunstgegenstände, Maschinen usw., die aus den von deutschen Truppen besetzten Gebieten nach Deutschland verbracht worden sind.

Etwas für Tabakliebhaber. Durch die Presse ging dieser Tage die Nachricht, daß die Heeresbestände noch große Mengen Tabak, Zigarren und Zigaretten aufweisen, die in allen Großstädten zu billigem Verkauf kommen sollen.

Legalisation von Konjunkturaktoren. Der Handelskammer ist von amtlicher Stelle eine Orientierung über Legalisation für Konjunkturaktoren nach Brasilien und Uruguay zugegangen.

Durchschnittssätze für Schuhreparaturen. Der Bund deutscher Schuhmacherinnungen gibt eine Preisberechnungstabelle heraus, die folgende Aufstellungen zeigt: Herrensohlen und Abfüße genäht bis 24,65, genagelt bis 22,55 M.; Kindersohlen und Abfüße (Nr. 38-39) genäht bis 21 M., genagelt bis 19,70 M.

Kautabakfälschungen. Es häufen sich die Fälle, wo minderwertige Ware als echter dänischer Kautabak in den Verkehr gebracht wird. Es ist wieder der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck, Parade 1, eine Probe vorgelegt worden.

Im Verein für vollständige Naturkunde sprach Herr Dr. Sokolowski aus Hamburg über „Das Seelenleben der Menschenaffen.“ Der Vortragende erläuterte an einer Anzahl von Schädeln verschiedener Menschenaffen, sowie eines Menschenchädelns und einiger Gipsabgüsse prähistorischer Knochenfragmente die Unterschiede im Schädelbau der Menschenaffen.

Theater und Musik.

„Don Juans letztes Abenteuer“, Drama in 3 Akten von Otto Anthes. Seit zehn Jahren liegt namentlich Otto Anthes' Drama vor. Ja Graener hat es inzwischen sogar schon einen Berliner gefunden.

unzuverlässiger Wertmesser ist. Der Erfolg gleicht einer launischen Dame, die ihre Gaben nicht immer nach Verdienst und Würdigkeit, sondern nach ihrer jeweiligen Laune vertheilt.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Die Hilfswächter beim Polizeiamt.

In der Bürgerversammlung vom 27. 10. fragte unser Genosse Puls an, ob durch die neue Polizeitruppe die Hilfswächter des Polizeiamts arbeitslos würden.

Richard Zimmermann, Hilfsbeamter.

(Wir verstehen den Unwillen der Hilfswächter, aber die Reichsvorschriften muß auch Lübeck einhalten. Wie der Presse feinerzeit mitgeteilt wurde, trägt das Reich die wesentlichen Kosten der Polizeitruppe und behält sich den Haupteinfluß vor.)

Humor und Satire.

Ordnung muß sein. Der inmitten der Stadt Braunschweig gelegene Domtriefhof wird abends häufig von Liebespärchen zu Steilbühnen benutzt.

„Don Juans letztes Abenteuer“, Drama in 3 Akten von Otto Anthes. Seit zehn Jahren liegt namentlich Otto Anthes' Drama vor. Ja Graener hat es inzwischen sogar schon einen Berliner gefunden.